



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

09. August 2021

Afghanistan

Anschläge auf Zivilpersonen / Binnenvertriebene

Bei Kämpfen um die Stadt Lashkargah in der Provinz Helmand sollen am 08.08.21 durch Luftangriffe eine Schule und ein Krankenhaus zerstört und 20 Zivilpersonen getötet worden sein. Am 06.08.21 wurde berichtet, es habe alleine im letzten Monat über 1.000 zivile Opfer im Land gegeben. Am 05.08.21 hätten die Taliban den Historiker und Dichter Abdullah Atefi zu Tode gefoltert. Am 04.08.21 meldete die unabhängige afghanische Menschenrechtskommission (AIHRC), dass in den letzten drei Monaten 900.000 Menschen inländisch vertrieben worden seien. Am selben Tag sei eine junge Frau in der Provinz Balkh von den Taliban für ihren fehlenden Schleier, enge Kleidung und fehlende männliche Begleitung erschossen worden. Am 03.08.21 wurde berichtet, dass in den letzten zwei Monaten in den Distrikten Ghaziabad und Nari der Provinz Kunar 50.000 Personen aufgrund der Kämpfe vertrieben worden sein. Am selben Tag hieß es auf der Seite der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA), in den letzten drei Tagen seien zehn Zivilpersonen in der Stadt Lashkargah getötet und 85 verletzt worden. In der Stadt Kandahar seien fünf getötet und 42 verletzt worden. Gerade auch zunehmende Luftangriffe der Armee hätten zu mehr zivilen Opfern geführt. Am 02.08.21 bezichtigten die Regierungen der USA und GBR die Taliban Kriegsverbrechen in den Provinzen Kandahar (Grenzübergang Spin Boldak) an Zivilpersonen und an den Hazara im Distrikt Malistan in der Provinz Ghazni begangen zu haben. Am 31.07.21 wurde gemeldet, die Hazara im Hochland von Bamiyan befürchteten die Einnahme des Gebietes und Menschenrechtsverbrechen durch die Taliban. Eine von zehn Personen hätte die Stadt Bamiyan schon verlassen.

Kampfhandlungen / Kabul und Provinzhauptstädte / Kriegsverbrechen / Grenzübergänge

Laut des Long War Journal (LWJ) kontrollieren die Taliban am 09.08.21 mittlerweile 229 Distrikte, die Regierung 66 Distrikte und 112 seien umkämpft. Am 08.08.21 hätten die Taliban laut LWJ die Provinzhauptstädte Kunduz (Provinz Kunduz), Sar-e Pol (Sar-e Pol) und Taloqan (Takhar) eingenommen. Zuvor seien schon die Provinzhauptstadt, und gleichzeitiger Grenzübergang, Zaranj und deren lukrative Zollstelle in der Provinz Nimroz ohne Kampfhandlungen sowie die Stadt Sheberghan in der Provinz Jawzjan (Heimatstadt von General Dostum) an die Taliban gefallen. In letzteren beiden Städten sei berichtet worden, dass Regierungsgebäude geplündert würden und Häftlinge aus Gefängnissen befreit worden seien. Viele der Grenzübergänge Afghanistans sind mittlerweile in der Hand der Taliban (vgl. BN v. 19.07.21). Aus der Stadt Zaranj flohen bisher viele Zivilpersonen in den Iran (vgl. BN v. 02.08.21). Laut führender Taliban-Kommandeure (u.a. Mullah Yaqoob, der bisher als moderat galt) sei es das erklärte Ziel die Städte Kandahar, Herat und Lashkargah (insbesondere auch die Flughäfen in Kandahar und Herat) und weitere Provinzhauptstädte einzunehmen. Am 08.08.21 begann die afghanische Armee mit einer Gegenoffensive um die Städte zurückzuerobern. Am 07.08.21 hätte US-Präsident Biden aus diesem Grund Luftunterstützung mit B-52-Bombern für die afghanische Armee angeordnet. Am 06.08.21 sei der usbekische General Dostum aus der Türkei zurück nach Afghanistan gekommen. Er habe dem Präsidenten Ghani umgehend einen Plan zur Rückeroberung des Nordens unterbreitet, welcher zeitnah umgesetzt werden solle. Am 05.08.21 hätten gemeinsame Manöverübungen Russlands, Tadschikistans und Usbekistans an der afghanischen Grenze zu

letzteren beiden Ländern begonnen. Am 04.08.21 sei ein Sprengsatz vor dem Haus des amtierenden Verteidigungsministers Bismillah Mohammadi in Kabul explodiert und anschließend hätten Bewaffnete eines Taliban-Märtyrer-Battalions das Haus gestürmt, dabei seien acht Personen getötet und 20 verletzt worden (u.a. die Angreifer). Der Minister sei nicht darunter gewesen. Dies sei laut Taliban der Beginn einer Vergeltungskampagne gegen führende Politiker der Regierung. Eine weitere Explosion am selben Tag vor dem Gebäude des Nationale Directorate of Security (NDS) in Kabul habe vier Zivilpersonen und eine Sicherheitskraft verletzt. Am selben Tag habe die afghanische Regierung den UN-Sicherheitsrat zu einer Sondersitzung aufgerufen, um so internationalen Beistand im Kampf gegen die Taliban zu bekommen. Diese sei am 06.08.21 abgehalten worden, mit dem Ziel, die Angriffe auf Provinzhauptstädte zu beenden. Am Abend des 04.08.21 hätten landesweit tausende Afghaninnen und Afghanen auf der Straße oder von ihren Hausdächern „Allah Akbar“ (Gott ist groß) zur Unterstützung der afghanischen Armee gerufen. Dieselbe Armee habe am 03.08.21 die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lashkargah/Provinz Helmand aufgefordert ihre Häuser zu verlassen, damit man (verstärkt durch Luftangriffe) die Taliban aus der Stadt vertreiben könne. Diese hätten dort neun von zehn Distrikten eingenommen. Es gebe Kämpfe in der Innenstadt in der Nähe von Regierungsgebäuden, dem Polizeihauptquartier und den Gefängnissen. Am 02.08.21 wurde berichtet, die Taliban hätten mehrere Fernsehstationen und Radiosender in der Stadt Lashkargah eingenommen.

Medien / Flüchtlinge

Am 05.08.21 wurde berichtet, die Taliban würden in ihren Kontrollgebieten viele Medieninstitutionen schließen (landesweit 51) oder diese zwingen, ihre Propaganda zu senden. Am 04.08.21 seien 300 aus dem Iran im LKW kommende Afghaninnen und Afghanen von türkischen Sicherheitskräften aufgegriffen worden. Am 02.08.21 wurde von der New York Times berichtet, dass unzählige Afghaninnen und Afghanen das Land verlassen oder ihre Ausreise planen würden. Laut IOM seien die Zahlen der Ausreisenden um 30-40 % angestiegen. Der UNHCR berichtete am 20.07.21, dass täglich 5.000 Afghaninnen und Afghanen in den Iran einreisen würden, dies sei eine Steigerung gegenüber dem selben Vorjahreszeitraum um 68 % (vgl. BN v. 02.08.21).

Benin

Rückschlag für die Pressefreiheit

Der Oberste Gerichtshof Benins hat am 23.07.21 die Verurteilung des von Dezember 2019 bis Juni 2020 inhaftierten Journalisten Ignace Sossou bestätigt. Er soll laut Medienberichten am 18.12.19 einen Staatsanwalt zitiert haben, der Benins Digitalgesetz auf einer Konferenz als Waffe zum Einsatz gegen Journalistinnen und Journalisten bezeichnet hatte. Sossou war kurz darauf festgenommen und wegen sogenannter Belästigung durch elektronische Kommunikation zu 18 Monaten Freiheitsstrafe sowie einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Nachdem das Berufungsgericht von Cotonou die Haftstrafe auf zwölf Monate reduziert und davon sechs zur Bewährung ausgesetzt hatte, war Sossou am 24.06.20 wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der Oberste Gerichtshof des Landes entschied nun, dass das Urteil des Berufungsgerichts rechtlich nicht zu beanstanden sei. Die NGO Reporter ohne Grenzen (RSF) hat Unterstützung bei der weiteren rechtlichen Vertretung Sossous angekündigt. Laut Medienberichten erwägt der Journalist, die nationale Entscheidung durch den Gerichtshof der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS Court of Justice) überprüfen zu lassen. Seit 2017 hat Benin im World Press Freedom Index 36 Plätze verloren und belegt unter 180 Staaten nun den 114. Rang.

Burkina Faso

Angehörige der FDS bei Anschlag getötet; Dutzende Tote bei Überfall

Am 08.08.21 wurden mindestens zwölf Angehörige der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte (FDS) in Dounkou in der Gemeinde Töni in der Region Boucle du Mouhoun, nahe der Grenze zu Mali, bei einem Hinterhalt getötet. Bislang bekannte sich keine Gruppe zu dem Anschlag. Kürzlich hatte eine Spezialeinheit des Militärs in der Region zwei führende Dschihadisten getötet.

Am 04.08.21 überfielen bewaffnete Banden in der Provinz Oudalan nahe der Grenze zum Niger mehrere Orte und töteten mindestens 15 Zivilpersonen und 15 Soldaten. Bei den Kämpfen wurde auch ein Dutzend der Angreifer

getötet. In Burkina Faso und den Nachbarländern Niger, Mali und Nigeria sind islamistische Milizen und Banden aktiv. Auch Gruppen, die sich dem Terrornetzwerk al-Qaida und dem IS zurechnen, verüben immer wieder Angriffe.

China

Gesetzesänderung zur Drei-Kind-Politik auf den Weg gebracht

Für seine 30. Sitzung (Termin: 17.08.21 bis 20.08.21) plant der Ständige Ausschuss des 13. Nationalen Volkskongresses u.a. die Prüfung eines Entwurfs zur Änderung des Bevölkerungs- und Familienplanungsgesetzes. Der Entwurf basiert auf der Ankündigung des Politbüros vom 31.05.21, dass zukünftig alle Ehepaare drei Kinder haben dürfen. Von einer Verabschiedung im Rahmen der bevorstehenden Sitzung wird ausgegangen. Am 19.07.21 gab die Nationale Gesundheitskommission zudem auf Nachfrage bekannt, dass alle nach dem 31.05.21 geborenen Babys unter die Drei-Kind-Politik fallen würden, obwohl die gesetzlichen Änderungen noch ausstünden.

COVID-19-Pandemie: Delta-Variante sorgt für größten Ausbruch seit Frühling 2020

Seit dem 10.07.21 hat sich die Delta-Variante ausgehend von einem Flughafen der Metropole Nanjing auf 16 Provinzen und regierungsunmittelbare Städte ausgebreitet (Stand: 06.08.21). Betroffen sind u.a. die Städte Peking, Shanghai und Wuhan sowie die am 20.07.21 von schweren Überschwemmungen getroffene Provinz Henan. Am 08.08.21 meldete die Nationale Gesundheitskommission 720 aktive Fälle. Als Reaktion auf den Ausbruch ordneten die Behörden, die weiterhin eine Null-COVID-Strategie verfolgen, Massentests für Millionen von Menschen und Ausgangsbeschränkungen für Hunderttausende sowie Reisebeschränkungen an. Eine Frau, die das Virus von Nanjing nach Yangzhou gebracht haben soll, wurde am 03.08.21 wegen Behinderung der Seuchenprävention festgenommen.

DR Kongo

UNJHRO-Halbjahresbericht: „weniger“ Menschenrechtsverletzungen und -verstöße

Das Gemeinsame Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in der DR Kongo (UNJHRO) habe Medienberichten zufolge im Berichtszeitraum Januar bis Juli 2021 landesweit 3.276 Menschenrechtsverletzungen und –missbräuche aller Art dokumentiert. Dies würde einen Rückgang von 14 % gegenüber dem Vorberichtszeitraum (Juli bis Dezember 2020) sowie 20 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresberichtszeitraum bedeuten. Im Vergleich zum Vorjahresberichtszeitraum seien Fälle politischer Gewalt um 53 % zurückgegangen. In Hinblick auf den Rückgang politischer Gewalt sei einem Medienbericht zufolge jedoch in Rechnung zu stellen, dass im Berichtszeitraum die Möglichkeiten der Informationsgewinnung aufgrund bestimmter Ereignisse z.T. geschwächt waren, der zur Unterdrückung von Demonstrationen und Versammlungen rechtfertigend herangezogene Gesundheitsnotstand weggefallen sei und auch im Allgemeinen weniger Demonstrationen stattgefunden hätten. Im Berichtszeitraum hätten ferner die Spannungen zwischen Präsident Tshisekedis Parteienbündnis Cap pour le Changement (CACH) und jenem des Altpräsidenten Kabila, der Front commun pour le Congo (FCC), abgenommen. Für fast 43 % aller dokumentierten Menschenrechtsverletzungen und –missbräuche, darunter extralegale Tötungen und Hinrichtungen von Frauen und Kindern, seien staatliche Akteure verantwortlich, etwa Angehörige der Polizei (PNC), der Streitkräfte (FARDC), des Inlandsgeheimdienstes (ANR) und weiterer Verwaltungs- und Justizbehörden. Unter den staatlichen Akteuren habe die FARDC, wie bereits im Berichtsvorjahr 2020, die meisten Vorfälle zu verantworten. Im Berichtszeitraum 2021 hätten sich mit Abstand die meisten Vorfälle in der Ostprovinz Nord-Kivu (320 Vorfälle) zugetragen. Dieser würden die Ostprovinzen Ituri (74), Tanganjika (72), Süd-Kivu (61) sowie die Zentralprovinz Kasai Central (50) folgen.

Nord-Kivu/Ituri: Verlängerung des Belagerungszustandes; Lage der Menschenrechte

Berichten mehrerer Medien zufolge werde der seit Anfang Mai 2021 in den östlichen Provinzen Nord-Kivu und Ituri geltende und u.a. in politischen Kreisen der DR Kongo zunehmend kritisierte Belagerungszustand weiter aufrechterhalten. Das Zwei-Kammer-Parlament (Nationalversammlung, Senat) habe am 04.08.21 eine entsprechende Verlängerung um weitere fünfzehn Tage genehmigt. Dem Militär und der Polizei stehen damit weiterhin umstrittene exekutive (Sonder-)Eingriffsbefugnisse in den beiden Provinzen zu (vgl. BN v. 17.05.21).

Laut der in Nord-Kivu operierenden NGO Union des familles pour la recherche de la paix (UFAREP) seien seit Inkraftsetzung des Belagerungszustandes mehr als 430 Fälle von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche in den Territorien Beni, Lubero, Rutshuru und Nyiragongo der Provinz Nord-Kivu dokumentiert worden. Diese seien sowohl durch staatliche als auch nichtstaatliche Konfliktparteien begangen worden.

Laut einem Artikel des UN-Informationsradios Okapi vom 04.08.21 seien Kämpfe zwischen der FARDC und der Rebellenmiliz Coopérative de développement du Congo (CODECO) im Territorium Djugu der Provinz Ituri, dort in den Gebieten rund um das Handelszentrum von Kobu, Bambou sowie in Beliba, Tolo und Nyapala, kausal für eine neue Welle der internen Vertreibung. Infolgedessen seien allein in den letzten zwei Wochen über 30.000 Menschen intern vertrieben worden. Laut den Angaben lokaler Zivilgesellschaftsorganisationen ist eine elementare Grundversorgung der intern Vertriebenen an den diversen Zufluchtsorten infrage zu stellen.

Dschibuti

Lokale Unruhen

Am 01.08.21 kam es in der Hauptstadt Dschibuti zu einem seltenen Ausbruch interkommunaler Gewalt zwischen der ethnischen Gruppe der Afar und der Issa. Personen wurden angegriffen und Häuser in Brand gesteckt. Die Polizei musste intervenieren. Offiziellen Angaben zufolge starben dabei drei Personen. Ob dies vor oder nach dem Eingreifen der Polizei geschehen sei, ist nicht bekannt. Andere Quellen sprechen von einem Dutzend Toter. Mehrere Personen wurden festgenommen, die Polizeipräsenz in einigen Gegenden an den darauffolgenden Tagen erhöht und die Interverbinding zunächst unterbrochen. Die Gründe für die Ausschreitungen sind nicht bekannt.

Gambia

Strafverfolgung wegen Menschenhandels

Laut gambischen Nachrichtenportal The Point hat die Direktorin der Nationalagentur zur Bekämpfung des Menschenhandels (NAATIP) am 30.08.21 zur Auskunft gegeben, dass gegenwärtig 15 Strafverfahren wegen Menschenhandels gerichtsanhängig seien. Im Berichtsjahr 2021 wurden erstmalig drei Personen wegen Menschenhandels zu Haftstrafen von jeweils 15 Jahren verurteilt (vgl. BN v. 12.07.21). Laut Jahresbericht „Trafficking in Persons 2021“ des US-Außenministeriums (USDOS) ist in den vergangenen vier Berichtsjahren kein Fall einer Strafverurteilung wegen Menschenhandels bekannt geworden.

Todesurteil wegen Mordes

Das gambische Nachrichtenportal Foroyaa berichtete am 02.08.21, dass der High Court in Basse am 29.07.21 einen Angeklagten anklagegemäß wegen Mordes (Art. 187 i.V.m. 188 gambische StGB) zum Tode verurteilt hat. Strafgerichte sprechen immer wieder unter Berufung auf die geltende Gesetzeslage Todesurteile aus, obwohl die Regierung Barrow im Februar 2018 ein De-Facto-Hinrichtungsmoratorium erlassen sowie im Juni 2019 das Zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe ratifiziert hat. Das letzte Todesurteil wurde im Jahr 2012 vollstreckt.

Ghana

LGBTQI-Aktivistinnen und -Aktivisten freigesprochen

Die am 20.05.21 in der Stadt Ho in der Volta Region 21 festgenommenen LGBTQI-Aktivistinnen und -Aktivisten wurden nach Medienangaben vom 05.08.21 aufgrund einer unzureichenden Beweislage freigesprochen und aus der Haft entlassen. Sie waren wegen einer Teilnahme an einer illegalen Versammlung festgenommen worden (vgl. BN v. 31.05.21).

Guinea-Bissau

COVID-19-Pandemie: Lieferung von Impfdosen

Am 07.08.21 empfing Guinea-Bissau 302.400 Dosen Impfstoff über die COVAX-Initiative. Die Pandemie-Beauftragte rief angesichts einer seit Ende Juni 2021 zu beobachtenden dritten Infektionswelle dazu auf, das neue Impfangebot wahrzunehmen. Laut dem WHO-Vertreter im Land können damit rd. 16 % der Bevölkerung geimpft werden. Bisher sind den Zahlen des Africa Center for Disease Control and Preventions (Africa CDC) zufolge weniger als 1,6 % vollständig geimpft, obgleich die Impfkampagne am 02.04.21 begann. Grund für die Verzögerung waren Streiks des Gesundheitspersonals, insbesondere aber ausbleibende Impfstoff-Lieferungen. Das Land mit einer Bevölkerung von rd. 2 Mio., davon ca. 60 % im Alter von unter 25 Jahren, verzeichnet bisher insgesamt knapp 4.800 bestätigte Corona-Infektionen; 79 Personen starben (Stand: 08.08.21).

Haiti

Bisher keine Ernennung eines Ermittlungsrichters nach Mord an Präsidenten

Nach der Ermordung des Präsidenten Jovenel Moïse am 05.07.21 (vgl. BN v. 12.07.21), wurden noch keine offiziellen Ermittlungen durch die Justiz eingeleitet. Das zuständige Gericht hat nach Angaben aus Justizkreisen große Schwierigkeiten, einen Ermittlungsrichter zu finden, da viele Angst um ihre Sicherheit und die ihrer Familie hätten. Der leitende Richter des Gerichts von Port-au-Prince, Bernard Saint-Vil, forderte die Regierung auf, für den Schutz der Richter zu garantieren sowie Leibwächter abzustellen. Unterdessen gab die Polizei bekannt, 44 Verdächtige im Zusammenhang mit dem Anschlag festgenommen zu haben, darunter auch der Sicherheitschef Moïses.

Indien

Proteste nach Missbrauch eines Dalit-Mädchens

Seit 01.08.21 kam es in Neu-Delhi zu mehrtägigen Protesten nach dem mutmaßlichen Missbrauch und der Tötung einer Neunjährigen. Das Mädchen sei von einem Hindu-Priester und drei weiteren Männern in der Nähe eines Krematoriums missbraucht und anschließend eingeäschert worden, um die Spuren der Tat zu verwischen. Die Täter wurden festgenommen und der Dalit-Familie Entschädigung in Aussicht gestellt. Die früher als „Unberührbare“ bezeichneten Angehörigen der untersten Kaste werden in der indischen Gesellschaft bis heute diskriminiert.

Irak

Anschlagsopfer verstorben

Die am 27.07.21 in Kirkuk einem Anschlag zum Opfer gefallene Bodybuilderin Meyda Feizzullah starb am 07.08.21. Sie wurde in Gegenwart ihrer vier Töchter von einem Unbekannten angeschossen. Sie hatte zuvor wiederholt Preise im Bodybuilding gewonnen und war aufgrund ihrer „unfemininen“ Lebensweise in den Fokus der Islamisten gelangt.

Angriffe auf Stromleitungen

Am 05.08.21 teilte das Energieministerium mit, dass es alleine in den 48 Stunden zuvor 13 verschiedene dem IS zugeschriebene Angriffe auf Stromleitungen in Kirkuk, Salah ad-Din und Ninawa gegeben habe. Der IS verfolgt bereits seit Wochen eine Strategie der systematischen Störung der Stromversorgung. Der Irak produziert nur einen kleinen Teil seines Bedarfs selbst und ist auf Importe v.a. aus dem Iran angewiesen. In Kombination mit der derzeitigen Dürre und Hitze sind Stromausfälle Teil einer systematischen Destabilisierungskampagne.

Iran

COVID-19-Pandemie:

Die fünfte Coronawelle erreicht einen vorläufigen Höhepunkt. Zwischen 02.08.21 und 09.08.21 meldeten die Behörden im Durchschnitt zwischen 30.000 und 44.000 Neuinfektionen pro Tag. Die Todeszahlen erreichten am 08.08.21 mit 442 offiziell gemeldeten Toten einen neuen Höchststand. Insgesamt wurden ca. 336 Städte und Distrikte als Hochrisikogebiete eingestuft. In den Krankenhäusern der Hauptstadt gingen Infusionen und Sauerstoffreserven zur Neige. In der Millionenstadt Isfahan sind sämtliche Krankenhausbetten belegt. Auch die Friedhöfe meldeten eine Überlastung.

Restriktive Internetpolitik

Das konservative Parlament hat laut Medienberichten bereits am 28.07.21 ein umstrittenes Gesetzespaket unter dem Titel „Schutz von Nutzerrechten und Diensten von Onlineportalen“ in einer nichtöffentlichen Abstimmung an eine parlamentarische Sonderkommission überwiesen. Bei dem Gesetzesplan handelt es sich um das umstrittenste und am stärksten im Fokus der Öffentlichkeit stehende Vorhaben in der Parlamentsgeschichte Irans. Die nichtöffentliche Abstimmung und anschließende Überweisung an die Sonderkommission fand auf Grundlage von Grundsatz 85 der Verfassung statt. Dem Vorhaben zufolge werden Firmen, Webportale und Messengerdienste verpflichtet, ein Vertretungsbüro in Iran zu eröffnen. Ansonsten würden deren Websites gesperrt. Betroffen sind neben Facebook vor allem Google, Instagram und WhatsApp. Diese müssen zukünftig offiziell Lizenzen beantragen. Außerdem sollen Verkauf und Nutzung von VPNs außerhalb des Regierungsapparates verboten und unter Gefängnisstrafe gestellt werden. Kritikerinnen und Kritiker sehen in dem Gesetzespaket den Versuch engmaschiger Überwachung der Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger durch die Sicherheitsdienste. Außerdem würde die Möglichkeit eines landesweiten Intranets nach chinesischem Vorbild geschaffen. Zudem sei inzwischen bestätigt worden, dass das Internet bzw. die sogenannte Internetschranke künftig unter die Aufsicht des Militärs gestellt werden.

Der Gesetzgebungsprozess kommt zum Abschluss, wenn die Sonderkommission den finalen Entwurf zur Bestätigung an den Wächterrat überstellt. Wird der Gesetzesentwurf als übereinstimmend mit der Verfassung und der islamischen Gesetzgebung bestätigt, tritt das neue Gesetz probenhalber in Kraft, wobei die Probezeit unbegrenzt ist.

Verhaftungen nach Protesten in Khuzestan

Im Nachgang der fast dreiwöchigen Unruhen in der Provinz Khuzestan (vgl. BN v. 19.07.21 u. 26.07.21) melden iranische Auslandsmedien weitere Verhaftungen. Unter Verweis auf die Teheraner Tageszeitung Hamshahri wurde von ca. 300 Verhaftungen allein in Susangerd, einer Stadt an der irakischen Grenze, berichtet. Am 04.08.21 meldeten einige Auslandsmedien unter Berufung auf den Justizchef von Khuzestan die Freilassung einer Mehrheit der Verhafteten. Gleichzeitig wurden jedoch Gerichtsverfahren gegen neun Zivilaktivistinnen und -aktivisten, darunter auch Narges Mohammadi, auf den Weg gebracht. Die neun Personen hatten am 20.07.21 vor dem Innenministerium gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Protestierenden in Khuzestan demonstriert und damit ihre Solidarität mit der Bevölkerung in der Provinz zum Ausdruck gebracht.

Bekannte Aktivistin in Mashhad festgenommen

Am 03.08.21 meldeten iranische Auslandsmedien die Festnahme der bekannten Aktivistin Fatemeh Sepehri in der ostiranischen Stadt Mashhad. Die Festnahme habe im Kontext einer Demonstration zur Solidaritätsbekundung mit den Protestierenden in Khuzestan stattgefunden. Bei der Festnahme sei es zur Anwendung von Gewalt gekommen. Nach ihrer Verhaftung sei die Aktivistin zu einem Verhör in eine der Polizeistationen der Stadt gebracht worden. Sepehri engagiert sich für die Aktion „Nein zur Islamischen Republik“ und fordert offen den Sturz des politischen Systems.

Jemen

Houthis lehnen Friedensgespräche ab

Ein Sprecher der Houthi-Rebellen hat am 08.08.21 via Twitter verkündet, dass die Houthis vorerst nicht an Gesprächen mit dem neuen UN-Sondergesandten für Jemen, Hans Grundberg, teilnehmen werden. Die Houthis fordern weiterhin die Aufhebung der seit 2015 bestehenden See- und Luftblockade durch Saudi-Arabien als Bedingung für die Aufnahme von Friedensgesprächen. Der Schwede Hans Grundberg war am 06.08.21 als Nachfolger des Briten Martin Griffiths ernannt worden, der im Juni 2021 das Scheitern seiner Bemühungen in Jemen bekannt gegeben hatte.

Ernährungsunsicherheit weiter hoch

Die Preise für Nahrungsmittel in Jemen steigen beständig und führen insbesondere in den von der jemenitischen Regierung kontrollierten Gebieten zu einem weiteren Kaufkraftverlust. Gründe dafür sind u.a. die hohe Inflationsrate des Aden-Rial und Devisenmangel. Eine Verbesserung der hohen Nahrungsmittelunsicherheit ist laut Famine Early Warning Systems Network (FEWS NET) dadurch und mit Blick auf die anhaltenden Kämpfe zwischen Regierung und Houthi-Rebellen nicht abzusehen. Laut Weltbank leben 80 % der Jemenitinnen und Jemeniten unter der Armutsgrenze, 70 % sind von Hunger bedroht.

Kämpfe in Marib

Jemenitische Regierungstruppen haben laut eigenen Angaben am 03.08.21 einen Berg im Süden der Provinz Marib unter ihre Kontrolle gebracht und dabei 14 Houthi-Kämpfer getötet. Die Kämpfe westlich der Stadt Marib dauern währenddessen an. Signifikante Bodengewinne konnte bislang keine Konfliktpartei erzielen.

Kosovo

Chef der Financial Intelligence Unit entlassen

Finanzminister Hekuran Murati hat am 03.08.21 die Entlassung des Direktors der sogenannten Financial Intelligence Unit (Njësisë për Intelejencë Financiare, NIF), Dardan Nuhiu, bekanntgegeben. Die NIF ist für die Untersuchung von Finanztransaktionen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zuständig. Nuhiu hat sein Amt verloren, nachdem auf dem Nachrichtenportal Shqip.com am Tag zuvor ein aufgezeichnetes Telefonat veröffentlicht worden war, in dem er mutmaßliche Pläne zur Übernahme wichtiger Medienunternehmen äußert, um mit diesem Druck auf Personen des öffentlichen Lebens auszuüben. Die Echtheit und Legalität der laut Shqip.com im Juli 2020 entstandenen Aufnahmen ist umstritten. Die Generalstaatsanwaltschaft hat diesbezüglich sowie zur möglichen Strafbarkeit der Äußerungen Nuhius Ermittlungen aufgenommen.

Kuba

Regierung erlaubt Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen

Nach Massenprotesten gegen die Regierung im Juli 2021 (vgl. BN v. 19.07.21) verabschiedete der Staatsrat am 06.08.21 ein Dekret, dass die Gründung von Mikro-, Klein- und Mittelunternehmen (micro, pequeñas y medianas empresas, MIPYMES) zulässt. Demnach dürfen private Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten gegründet werden. Bereits in den letzten Monaten nahm die kubanische Regierung Reformen vor, um die Wirtschaft zu modernisieren und die sich verschärfende Wirtschaftskrise einzudämmen. Neben der Abschaffung von einer der beiden einheimischen Währungen wurde ein Großteil der staatlich kontrollierten Wirtschaft für den Privatsektor geöffnet. Mit Ausnahme von Schlüsselbereichen wie Gesundheit, Medien und Bildung wurden mehr als 2.000 Bereiche für Selbstständige zugänglich gemacht. Zudem hob die Regierung infolge der Proteste zunächst bis Ende dieses Jahres Wert- und Zollbeschränkungen bei der Einfuhr von Medikamenten, Lebensmitteln und Hygieneartikeln im Gepäck von Passagieren auf.

Libanon

Vorfälle an der israelisch-libanesischen Grenze

Seit dem 04.08.21 kommt es wiederholt zu Gefechten zwischen bewaffneten Gruppen im Libanon und den israelischen Streitkräften. Nachdem es zunächst von unbekannter Seite Raketenangriffe vom Territorium des Libanon gab, flog die israelische Luftwaffe Gegenangriffe. Am 06.08.21 wiederum schoss dann offiziell die Hisbollah Raketen auf das Gebiet der Shebaa-Farmen ab. Hierbei handelt es sich um ein kleines Landstück (etwa 25 qkm) mit Feldern, die überwiegend von Bauern bewirtschaftet wurden, die in einem libanesischen Dorf in der Nähe leben. Die Zuordnung des Landstückes ist jedoch umstritten. Beobachtende werten den Angriff auf offenes Feld in einem umstrittenen Gebiet als Zeichen, dass die Hisbollah derzeit nicht auf einen Krieg aus ist, auch andere politische Kommentare zeigen zwar die Bereitschaft zu einem solchen, aber nicht notwendig den Willen dazu.

Libyen

Küstenstraße vollständig geöffnet

Nachdem Abdulhamid Dbaiba, Premierminister der Übergangsregierung (GNU), Ende Juni 2021 bereits den westlichen Abschnitt der gesperrten Küstenstraße zwischen Misrata und Sirte für wiedereröffnet erklärt hatte, ist seit 30.07.21 auch der Abschnitt, welcher über die Frontlinie in Sirte verläuft und de facto unter Kontrolle General Haftars und seiner Libysch-Arabischen Streitkräfte (Libyan Arab Armed Forces, LAAF) steht, wieder geöffnet. Mit dem Angriff Haftars auf die Hauptstadt Tripolis im April 2019 waren immer wieder Teile der mehr als 1.800 km-langen libyschen Küstenstraße gesperrt worden (vgl. BN v. 21.06.21).

COVID-19-Pandemie: 24-stündige Ausgangssperre in den westlichen und zentralen Provinzen

Um die schnelle Ausbreitung des Coronavirus zu begrenzen hat die GNU für die westlichen und zentralen Provinzen eine vom 07.08.21 bis 09.08.21 geltende 24-stündige Ausgangssperre beschlossen. Apotheken und Lebensmittelgeschäfte sind von der Regelung ausgenommen. Für die südlichen und östlichen Provinzen, welche de facto unter Kontrolle Haftars und der LAAF stehen, gilt die Ausgangssperre nicht. Seit Beginn der Impfkampagne wurden ca. 730.000 Personen geimpft.

Marokko

COVID-19-Pandemie

Die Zahl der Neuinfektionen steigt weiter. So wurde am 06.08.21 mit 11.358 Neuinfektionen ein neuer Höchstwert gemeldet, 76 Personen starben binnen 24 Stunden. Am Folgetag wurden 10.609 Neuinfektionen und 92 neue Todesfälle gezählt. Aufgrund der stetig steigenden Infektionszahlen hat die Regierung eine Verschärfung der Maßnahmen ab dem 03.08.21 veranlasst und den Ausnahmezustand bis 10.09.21 verlängert. Es gilt eine Ausgangssperre zwischen 21:00 und 05:00 Uhr sowie Reisebeschränkungen aus und nach Casablanca, Marrakesch und Agadir, mit Ausnahmen für Geimpfte, Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes und medizinische Notfälle.

Mexiko

Armut aufgrund direkter und indirekter Auswirkungen der Pandemie 2020 gestiegen

Laut eines am 05.08.21 veröffentlichten Reports des Nationalen Rates für die Evaluierung der sozialen Entwicklungspolitik (Coneval) erhöhte sich die Zahl der Menschen, die Ende 2020 in Armut lebten gegenüber 2018 um 3,8 Mio. Menschen. In Summe betraf Armut Ende letzten Jahres somit 55,7 Mio. Menschen, was in etwa 44 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Dieser Teil der Einwohner hat nach nationaler Armutsdefinition monatlich auf dem Land nur etwa 111 USD, in der Stadt rund 170 USD zur Bestreitung des Lebensunterhalts zur Verfügung. Auch die Werte extremer Armut erhöhten sich um 1,5 % auf etwa 11 Mio. Menschen, die in ländlichen Gebieten mit weniger als 63 USD, in städtischen Zonen mit 88 USD im Monat auskommen müssen. Darüber hinaus hatten 2020 35 Mio. Menschen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, auch diese Werte sind um zwölf Prozentpunkte auf mehr als 28 % gestiegen. Armut ist ein Push-Faktor für erhöhte Migrationsströme in die USA. So wurden 2020

298.000 mexikanische Staatsangehörige an der Grenze aufgegriffen, diese Zahlen erhöhten sich laut der US-Grenzschutzbehörde auf aktuell 414.000 Personen im Jahr 2021.

Montenegro

Erste gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft registriert

Ein Jahr nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ist am 25.07.21 die erste derartige Verbindung amtlich registriert worden. Zwei junge Frauen haben ihre Partnerschaft im Küstenort Budva eintragen lassen. Das im Juli 2020 gegen massiven Widerstand der serbisch-orthodoxen Kirche verabschiedete Gesetz stellt gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften mit der Ehe zwischen Mann und Frau nahezu gleich. Es regelt u.a. die gegenseitige finanzielle Unterstützung der Partner und die Aufteilung des gemeinsamen Eigentums im Falle einer Trennung. Ein Recht auf Adoption oder Pflege von Kindern ist nicht vorgesehen.

Mosambik

Mocímboa da Praia wieder unter Regierungskontrolle

Angaben des Verteidigungsministeriums zufolge sei die Hafenstadt Mocímboa da Praia (Provinz Cabo Delgado) durch die ruandische und mosambikanische Armee gesichert worden. Die Stadt galt mehrere Jahre als Ausgangspunkt terroristischer Angriffe und stand seit August 2020 unter der Kontrolle islamistischer Aufständischer (vgl. BN v. 17.08.20).

Myanmar

Kämpfe und Anschläge in Kayah, Kachin, Kayin und Yangon

Am 03.08.21 und 04.08.21 kam es im Bundesstaat Kayah erneut zu tödlichen Zusammenstößen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) und einer Koalition aus Kräften der Karenni Army (KA) und der Karenni National Defense Force (KNDF). 3.000 Menschen aus sechs Dörfern flohen. Im selben Zeitraum fanden im Bundesstaat Kachin Kämpfe zwischen der Tatmadaw und der Kachin Independence Army (KIA) statt. Fast täglich wird zudem in Hpapun (Bundesstaat Kayin) gekämpft, wo es seit dem 01.05.21 133 Mal zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Tatmadaw und der Karen National Liberation Army (KNLA) kam. In Yangon (Rangun) verübten Unbekannte am 05.08.21 weitere teils tödliche Attentate auf von der Militärregierung eingesetztes Verwaltungspersonal. Die von der Junta vorangetriebene Impfkampagne wird Staatsmedien zufolge von „extremistischen“ Anschlägen sabotiert. So sollen bei einer Explosion in einem Impfzentrum in Pekon (Bundesstaat Shan) mehrere Menschen verletzt worden sein.

Die UN warnten noch einmal vor einer schweren Hungerkrise, die vor allem die hunderttausenden Binnenvertriebenen bedroht. Zur Fortsetzung der Hilfen des Welternährungsprogramm (WFP) in den kommenden sechs Monaten fehlen der Organisation nach eigenen Angaben mindestens 73 Mio. EUR.

Nicaragua

EU- und US-Sanktionen, weitere repressive Akte gegen die Opposition

Am 02.08.21 hat die EU aufgrund von Menschenrechtsverstößen gegen sieben hohe Funktionäre sowie Vizepräsidentin Rosario Murillo Sanktionen verhängt. Am 03.08.21 ist laut Angaben ihrer Partei die erst am Tag zuvor als Vizepräsidentchaftskandidatin der Alianza Ciudadanos por la Libertad (ACxL) benannte Berenice Quezada verhaftet und unter Hausarrest gestellt worden. Aufgrund von Äußerungen im Zuge der Bekanntgabe ihrer Kandidatur werden ihr „Provokation, Anregung und Verschwörung zur Begehung terroristischer Handlungen“ vorgeworfen, die Staatsanwaltschaft hat sie zudem von der Wahlteilnahme ausgeschlossen. In Folge verhängte das US-Außenministerium am 06.08.21 Visa-Restriktionen gegen Angehörige von 50 Amtsträgern. Kurz darauf suspendierte der sandinistisch dominierte Oberste Wahlrat (CSE) nach vorausgehender Anzeige durch die Partei

Partido Liberal Constitucionalista (PLC) den Rechtsstatus der größten Oppositionspartei Ciudadanos por la Libertad (CxL), welche somit ebenfalls von der Wahlteilnahme ausgeschlossen ist. Ein Grund dafür sei, dass deren Parteivorsitzende Carmella María Rogers Amburn, bekannt als Kitty Monterrey, in den USA geboren, bisher eine doppelte Staatsangehörigkeit innehatte, was gegen das Wahlrecht verstoße. Ihr wurde zudem in einem Expressverfahren am selben Tag durch Annullierung ihrer Ausweisdokumente und der Eintragung als Nicaraguanerin de facto die nicaraguanische Staatsangehörigkeit entzogen.

Nigeria

Zunehmende Gewalt im Südosten

Im Südosten sind zwischen März und Juni 2021 mindestens 115 Menschen von Sicherheitskräften aus Militär, Polizei und dem Department of State Services (DSS) getötet worden. Das geht aus einer am 04.08.21 von Amnesty International (ai) veröffentlichten Mitteilung hervor. Nach Einschätzung von ai ist die hohe Zahl von Getöteten eine Folge der Gewaltspirale in dieser Region. Für eine Vielzahl von Angriffen auf Sicherheitsbeamte und öffentliche Gebäude, darunter Gefängnisse und Polizeistationen (vgl. BN v. 03.05.21 u. 05.07.21), sollen Mitglieder des Eastern Security Network (ESN) verantwortlich sein. Das ESN gilt als paramilitärischer Flügel der secessionistischen Gruppierung Independence Movement for the Indigenous Peoples of Biafra (IPOB). IPOB, das sich für eine Abspaltung der Region einsetzt, dementiert jede Verantwortung für die Vorfälle. Nach Angaben der Polizei sollen ESN-Mitglieder allein im Bundesstaat Imo in jüngerer Zeit für den Tod von 21 Polizisten verantwortlich sein. Insgesamt seien in den südöstlichen Bundesstaaten seit Anfang 2021 mindestens 127 getötete Sicherheitskräfte zu beklagen gewesen. Die hohe Zahl nun bekannt gewordener Tötungen wertet ai als Reaktion darauf. Unter Berufung auf Augenzeugen berichtet ai ferner, dass ESN-Mitglieder und Personen, die verdächtigt werden, dem ESN nahestehen, auch Opfer von unverhältnismäßiger Gewaltanwendung, willkürlichen Inhaftierungen, Erpressungen und von Brandstiftungs- und Eigentumsdelikten durch Sicherheitskräfte wurden.

Heftiger Cholera-Ausbruch

In den nördlichen Bundesstaaten Kano und Jigawa sind bei einem Cholera-Ausbruch bereits hunderte Menschen ums Leben gekommen. Das berichten Medien unter Berufung auf offizielle Behördenangaben. Cholera-Fälle kommen in Nigeria während der Regenzeit relativ häufig vor, ungewöhnlich im Vergleich zu den Vorjahren ist die hohe Zahl von Todesopfern. Ausweislich Angaben des Nigeria Center for Disease Control (NCDC) ist von dem aktuellen Ausbruch mit tausenden Infizierten und über 20.000 Verdachtsfällen inzwischen mehr als die Hälfte der 36 Bundesstaaten betroffen. Die meisten Fälle sind im Norden zu verzeichnen und die meisten Todesopfer Kinder. Der Ausbruch hatte im März 2021 begonnen und sich zuletzt weiter verschlimmert. Laut Medienberichten fällt diese Entwicklung mit einem deutlichen Anstieg der COVID-19-Fälle und einem Ärztestreik zusammen.

Chibok-Entführungsoffer nach sieben Jahren zurückgekehrt

Eine der Schülerinnen, die im April 2014 von Mitgliedern der radikal-islamistischen Gruppierung Boko Haram in der Stadt Chibok im nordöstlichen Bundesstaat Borno entführt worden waren, hat sich zusammen mit ihrer Familie an das Militär gewandt. Nach Medienangaben wurde die Frau mit dem Namen Ruth Ngladar Pogu von dem Gouverneur des Bundesstaates Borno empfangen und soll nun ein Rehabilitations- und Reintegrationsprogramm durchlaufen. Von den über 270 in Chibok entführten Schülerinnen hätten bis jetzt über 100 entweder fliehen oder im Austausch für Boko Haram-Mitglieder befreit werden können, während die restlichen Entführungsoffer immer noch vermisst werden würden. Die Massenentführung von Chibok hat international für Aufsehen gesorgt. In den sozialen Medien setzten sich zahlreiche Menschen unter dem Hashtag #bringbackourgirls für die Befreiung der Schülerinnen ein. Vor allem im Nordwesten ist es in den letzten Monaten wieder vermehrt zu Entführungen von Schülerinnen und Schülern gekommen (vgl. BN v. 02.08.21).

Pakistan

Verwüstung eines Hindu-Tempels

Am 04.08.21 verwüstete eine aufgebrachte Menschenmenge einen Hindu-Tempel in Bhong im Distrikt Rahim Yar Khan in der Provinz Punjab. Auslöser war die Freilassung eines wegen Blasphemie festgenommenen achtjährigen

Hindus. Ihm wurde vorgeworfen, in der Bibliothek einer Koranschule uriniert zu haben. Dutzende Menschen verschafften sich Zugang zum Tempel, brannten die Eingangstür nieder und begingen Sachbeschädigungen. Die Regierung kündigte rasches Vorgehen gegen die Verdächtigen an und stellte Sicherheitskräfte zur Bewachung des Tempels sowie zum Schutz der dort lebenden Hindu-Gemeinschaft ab.

Somalia

UN fordert Maßnahmen nach Anstieg sexueller Gewalt

Zwei kürzlich veröffentlichte Berichte des UN-Generalsekretärs dokumentieren im Jahr 2020 eine fast 80-prozentige Zunahme der sexuellen Gewalt, meist gegen Mädchen, im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Fälle, die al-Shabaab zugeschrieben wird, habe sich verdoppelt und die Verstöße von Clanmilizen fast verdreifacht. Über 15% aller bestätigten Fälle von sexueller Gewalt werden den Sicherheitskräften der Regierung zugeschrieben. Am 05.08.21 forderten die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte, Virginia Gamba, und UN-Sonderbeauftragte für sexuelle Gewalt in Konflikten, Pramila Patten, die Konfliktparteien in einer Erklärung auf, diese Verstöße einzustellen. Zudem forderten sie von der Regierung konkrete Maßnahmen, u.a. einen nationalen Aktionsplan, um sexuelle Gewalt gegen Kinder und Frauen zu verhindern und ihre Rechte besser zu schützen.

Exekution wegen angeblicher Blasphemie

Am 05.08.21 wurde ein 83-Jähriger wegen angeblicher Blasphemie von al-Shabaab in der Nähe der Stadt Elbur (Galmudug) per Erschießungskommando hingerichtet. Zuvor hat ein al-Shabaab-Gericht in der Region Galgaduud den Mann zum Tode verurteilt. Dem Gericht zufolge habe er gestanden, den Propheten beleidigt zu haben. Nähere Informationen dazu sind nicht bekannt. Medienberichten zufolge ist dies die erste Exekution wegen Blasphemie seit dem Jahr 2015.

Sudan

Weitere Gewalt in Nord-Darfur

Medien berichteten über die weiter anhaltende Gewalt im Norden des Landes. Demnach begannen bereits am 30.07.21 gewaltsame Auseinandersetzungen über Vieh und landwirtschaftliche Flächen, die sich über vier Tage erstreckten. In Folge dieser Auseinandersetzungen starben drei Menschen (Stand: 03.08.21). Insgesamt seien mehrere Dörfer attackiert und zumindest eines vollständig niedergebrannt worden. Betroffen war die Region Kushna, nahe Tabit. Die Bewohnerinnen und Bewohner einiger dieser Dörfer lebten schon vor diesen Kämpfen im Flüchtlingslager Zamzam bei El Fasher, kehrten aber in ihre Dörfer zurück, um in der Saison ihre Höfe zu bewirtschaften. Dadurch seien die nun zumindest zeitweilig zurückgekehrten Personen und die Personen, die inzwischen das Land besetzt haben, in Streitigkeiten geraten, welche eskalierten und die beschriebenen Kämpfe auslösten. Dadurch seien weitere Fluchtbewegungen ausgelöst worden.

Verurteilung von Mitgliedern der RSF

Medien berichteten über die Verurteilung von sechs Mitgliedern der Rapid Support Forces (RSF). Ihnen wurde vorgeworfen, bei Demonstrationen am 29.07.19 in der Hauptstadt Nord-Darfurs, Al-Obeid, sechs Personen erschossen zu haben. Dafür wurden sie am 05.08.21 zum Tode verurteilt. Die Demonstrationen richteten sich damals gegen Lebensmittel- und Treibstoffknappheit und die massiv steigende Inflation und wurden mit Gewalt von der RSF und anderen Regierungseinheiten beendet. Ein weiteres Mitglied der RSF sei nicht zum Tode verurteilt worden, da dieses zum Zeitpunkt der Tat noch minderjährig gewesen sei. Bereits am 24.05.21 wurde ein Offizier der RSF ebenfalls zum Tode verurteilt, da er während einer Demonstration im Juni 2019 eine demonstrierende Person tötete.

Südsudan

Parlamentswahlen und Absetzungsversuch in der SPLM/A-IO

Medienberichten zufolge wurden am 02.08.21 588 Abgeordnete des neu gebildeten nationalen Parlaments in Juba vereidigt. Das Parlament setzt sich nun aus Vertreterinnen und Vertretern der Regierungspartei und von vorherigen Rebellenfraktionen, die einen Friedensvertrag unterschrieben, zusammen. Die Bildung eines solchen inklusiven Parlaments war ein Kernanliegen des 2018 vereinbarten Waffenstillstands. Jedoch ist die Bildung des neuen Parlaments einerseits verspätet und andererseits unvollständig. 62 Abgeordnete nahmen an der Vereidigung nicht teil. Manche davon wohl aufgrund von Streitigkeiten mit der Regierung.

Weiteren Berichten zufolge sei der erste Vizepräsident, Riek Machar, durch eine Erklärung dreier ranghoher Vertreter des militärischen Flügels der Sudan People's Liberation Movement/Army –In Opposition (SPLM/A-IO) von seinem Posten als Parteivorsitzender entbunden und abgesetzt worden. Den Parteivorsitz habe demnach vorübergehend der Stabschef der Partei, Generalleutnant Simon Gatwech Dual, übernommen. Als Begründung warfen die beteiligten Personen dem Ersten Vizepräsidenten in einer Stellungnahme vom 03.08.21 vor, komplett versagt und die Position der Partei massiv geschwächt zu haben. Er habe jahrelang eine Politik des „Teilens und Herrschens“ betrieben und dabei Vetternwirtschaft vor die Einheit des Landes und das Vorantreiben der Belange der Partei gestellt. Am 04.08.21 reagierte die politische Führung der SPLM/A-IO in einer Presseerklärung und wies die Absetzung Machars zurück. Die Initiatoren der Absetzung wurden darin als „Friedensverderber“ („peace spoilers“) bezeichnet. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Personen, die hinter der Absetzung stehen, nicht die gesamte Führung des militärischen Flügels der SPLM/A-IO repräsentieren würden und zudem nicht die Befugnis hätten, Entscheidungen im Namen der Partei zu treffen.

Ein Sprecher der SPLM/A-IO äußerte Medien gegenüber, dass es am 07.08.21 zu Kämpfen zwischen den beiden Fraktionen innerhalb der Partei gekommen sei. Die Kämpfe seien von Kräften des Generalleutnants Gatwech Dual ausgegangen und hätten über 30 Menschen das Leben gekostet. Eine unabhängige Bestätigung dieser Aussage sei jedoch nicht möglich gewesen. Eine Reaktion auf die Äußerungen des Sprechers der SPLM/A-IO sei von Seiten Gatwech Duals nicht erfolgt.

Extralegale Hinrichtungen

Die UN berichteten am 26.07.21 über extralegale Hinrichtungen, wodurch bisher 42 Menschen getötet worden seien. Demnach haben Ermittler der UNMISS seit März 2021 die Tötung von 29 Menschen im Staat Warrap dokumentiert, die zuvor aus Gefängnissen oder dem polizeilichen Gewahrsam geholt und ohne ein Gerichtsverfahren getötet wurden. Human Rights Watch berichtete dazu, dass der Gouverneur des Staates Warrap die Anordnung zu den illegalen Tötungen gegeben habe. Die UN berichteten über weitere insgesamt 13 Tötungen im Staat Lakes, die seit Mitte Juni 2021 auf Anweisung lokaler Beamter durchgeführt wurden. Aufgrund dieser Erkenntnisse wendete sich die UN direkt an das Justizministerium des Südsudan und an entsprechende Stellen der beiden betroffenen Staaten und forderte diese auf, die Vorfälle zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Medien gegenüber bezeichnete die Regierung des Staates Warrap den UN-Bericht über extralegale Tötungen als Propaganda und betonte, in Einklang mit der Übergangsverfassung des Landes gehandelt zu haben.

Syrien

Mutmaßlicher Anschlag nahe Damaskus

Syrische Staatsmedien berichteten, dass am 04.08.21 ein Bus nahe einer schwerbewachten Militärbasis in Qudsaya explodiert ist. Die Ortschaft befindet sich etwa 7 km westlich von Damaskus entfernt. Der Fahrer des Busses kam bei dem Vorfall ums Leben, drei weitere Personen wurden ins Krankenhaus gebracht. Einer der syrischen Staatssender sprach von einem Terroranschlag, weitere Details wurden jedoch nicht bekannt.

OPCW: Unstimmigkeiten bzgl. syrischem Chlorgasarsenal

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) erbat am 05.08.21 Informationen von der syrischen Regierung zu dem Schicksal zweier Zylinder mit Chlorgas, welche in Verbindung mit dem Giftgasangriff in Douma

von 2018 gebracht werden. Die syrische Regierung habe die OPCW am 09.07.21 darüber informiert, dass die Zylinder am 08.07.21 bei einem Angriff der Israelis auf eine militärische Einrichtung zerstört worden wären. OPCW zufolge wurden die Zylinder zuletzt im November 2020 in einer Einrichtung gelagert und untersucht, die sich etwa 60 km entfernt von dem Ort befand, in dem sich der israelische Angriff ereignete. Den Vorgaben der OPCW jedoch hätten die Zylinder nicht bewegt werden dürfen, ohne vorher die Zustimmung der Organisation einzuholen. Nach der Inspektion im November 2020 hätte die OPCW die Zylinder eigentlich nach Den Haag bringen sollen, doch die syrischen Behörden behinderten zu der Zeit die Ausfuhr. Die neuerlichen Unstimmigkeiten würden westlichen Repräsentanten bei der UN zufolge nicht nur einen Verstoß gegen die Abmachungen mit der OPCW, sondern auch einen Eingriff in die Beweissicherung zu den Vorfällen in Douma von 2018 darstellen.

UN-Generalsekretär warnt vor Rückkehr des IS

In einem Bericht an den UN-Sicherheitsrat vom 03.08.21 machte UN-Generalsekretär Antonio Guterres auf die globale Bedrohung durch den IS aufmerksam, welcher u.a. von den Zerrüttungen profitiert habe, die durch die COVID-19-Pandemie hervorgerufen wurden. Während regionale Ableger der Organisation in Westafrika, dem Sahel, Ost- und Zentralafrika, Afghanistan und Südasien autonomer geworden seien, betrachten die Dschihadisten den Irak und Syrien nach wie vor als das Kerngebiet ihrer Operationen. In Syrien würde der IS in weiten Landesteilen aktiv bleiben, insbesondere durch flüchtige Angriffe auf Grenzposten auf beiden Seiten des Euphrat im Gouvernement Deir ez-Zor und durch Anschläge auf Regierungstruppen und andere Ziele in der syrischen Wüste.

Tansania

Festnahme mehrerer Oppositionsmitglieder

Nach der Festnahme des Oppositionsführers Freeman Mbowe (vgl. BN v. 26.07.21), wurden mehrere Oppositionsunterstützende in Daressalaam festgenommen, während sie für dessen Freilassung demonstrierten. Mbowe wurde zuvor wegen Terrorismusfinanzierung und terroristischen Verschwörungen angeklagt, am 06.08.21 erschien er vor Gericht. Die Tatvorwürfe schließen eine Entlassung auf Kaution aus. Menschenrechtsorganisationen forderten seine Freilassung.

Tschad

Mehrere Soldaten bei Angriff durch Boko Haram verletzt und getötet

Bei einem Angriff der radikal-islamistischen Gruppierung Boko Haram starben am 04.08.21 in der Region um den Tschadsee Armeeingaben zufolge mindestens 26 tschadische Soldaten, weitere Soldaten wurden verletzt. Der Angriff ereignete sich auf der Insel Tchoukou Telia, 190 km nordwestlich von N'Djamena gelegen. Die Tschadsee-Region gilt als Rückzugsgebiet für radikal-islamistische Gruppierungen wie Boko Haram, die regelmäßig Stützpunkte der Armee wie auch Zivilbevölkerung in dieser Region angreift.

Türkei

Verhaftung mutmaßlicher Gülen-Anhängerinnen und Anhänger

Am 06.08.21 wurden während Razzien in 24 Städten mindestens 46 Personen verhaftet, denen vorgeworfen wird, der Gülen-Bewegung anzugehören. Nach weiteren 34 Personen wird in diesem Zusammenhang gefahndet.

Ukraine / Weißrussland

Weißrussischer Oppositioneller tot in Kiew aufgefunden

Der als vermisst gemeldete Leiter der weißrussischen Exil-Organisation Belarussisches Haus in der Ukraine, Vitali Schischow, ist in Kiew am 03.08.21 erhängt aufgefunden worden. Die Polizei leitete ein Ermittlungsverfahren ein,

wobei auch dem Verdacht nachgegangen werden soll, dass es sich um einen als Suizid getarnten Mord handeln könnte. Die Organisation hilft weißrussischen Staatsbürgern, die angesichts der repressiven Verhältnisse in Weißrussland in die benachbarte Ukraine geflohen sind. Die Organisation selbst führt den Tod Schischows auf eine Operation weißrussischer Behörden zurück. Radio Free Europe / Radio Liberty berichtete gleichwohl, einige Mitglieder der Exil-Organisation gehörten rechtsextremen Kräften an, wodurch sich ebenfalls Konfliktpotentiale ergäben.

Venezuela

Wirtschaftliche Lage und Gesundheitsversorgung

Laut Angaben der venezolanischen Zentralbank werden zum 01.10.21 weitere sechs Nullen von den nationalen Geldscheinen aufgrund von anhaltender Hyperinflation gestrichen. Zum selben Datum soll zudem der digitale Bolivar eingeführt werden. Aktuell (Stand: 09.08.21) entspricht der größte Schein, eine Mio. VEF, etwa einem Viertel USD, die Inflationsrate lag im Mai 2021 bei 2.719 %. Diese Maßnahme diene nach der letzten geldpolitischen Anpassung 2018 durch die Streichung von fünf Nullen erneut der vereinfachten Abwicklung von Transaktionen und Buchhaltungsprozessen. Seit der Dollarisierung der Wirtschaft 2019 werde jedoch ein Großteil der Transaktionen und Tagesgeschäfte bereits, sofern möglich, in Devisen abgewickelt. Aufgrund der Inflation herrscht weiterhin Bargeldknappheit, weshalb bis März 2021 die Zahl von Geldautomaten Angaben der Aufsichtsbehörde für die Institutionen des Bankensektors (Sudeban) zufolge von fast 10.000 Einheiten 2014 auf knapp 2.300 Geräte gesunken ist. Angaben der venezolanischen Gesellschaft für landwirtschaftliche Familienbetriebe zufolge seien auch die Lebensmittelpreise in der ersten Jahreshälfte 2021 um 1.600 % gestiegen. Grundsätzlich sei ein Preisanstieg von 265 % zwischen Januar und Mai 2021 verzeichnet worden, die Rezession halte weiterhin an. Obgleich im Mai 2021 der Mindestlohn auf drei Monatsgehälter angehoben worden sei, ist die Kaufkraft der Menschen weiterhin niedrig und reicht oft nur für wenige Produkte. Im Gegensatz dazu erwarten Wirtschaftswissenschaftler nach stark zurückgegangenen Rücküberweisungen aus dem Ausland im Jahr 2020, die sich in teils signifikant geringerem Haushalteinkommen vieler Familien niederschlugen, eine Erholung um bis zu 21% zum Vorjahr.

Zudem bleiben auch Organtransplantationen seit 2017 weiterhin ausgesetzt, was erkrankte Kinder und NGOs am 30.06.21 vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vorgetragen hatten. Darüber hinaus fehle es an Medikamenten, Schutzausrüstung und Personal; es komme in Krankenhäusern immer wieder zu Stromausfällen, mangelhafter Wasserversorgung und die adäquate Nahrungsmittelversorgung von Patienten und Diäten seien häufig nur durch Beiträge der Familien zu leisten.

Vietnam

Anklage gegen fünf Journalisten geändert

Fünf Journalisten, die von August 2019 bis Dezember 2020 eine beliebte Facebook-Seite zu gesellschaftlichen und sozialpolitischen Fragen betrieben, werden einer Polizeimeldung vom 06.08.21 zufolge nur noch wegen des Missbrauchs demokratischer Freiheiten angeklagt. Zuvor war die Möglichkeit einer Anklage wegen der Weitergabe von Staatsgeheimnissen untersucht worden. Im Falle einer Verurteilung hätten dann Todesstrafen verhängt werden können.